Menschenrechtler: Türkei zwingt Jesiden zur Konvertierung

4. April 2023



[av_textblock size=“ av-medium-font-size=“ av-small-font-size=“ av-mini-font-size=“ font_color=“ color=“ id=“ custom_class=“ av_uid=’av-lg27lgyz‘ admin_preview_bg=“]
Göttingen (KNA) Die türkische Regierung übt nach Einschätzung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) weiter Druck auf religiöse Minderheiten im Grenzgebiet von Syrien aus. In der besetzten syrischen Stadt Afrin seien Jesiden Todesdrohungen und Zwangskonvertierung ausgesetzt, teilte die GfbV am Montag in Göttingen mit. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan dulde in der Region nur sunnitische Muslime. Gläubige anderer Religionen sowie Angehörige der kurdischen Minderheit müssten zum Islam konvertieren, andernfalls würden sie vertrieben.

Die Türkei hält Teile Nordsyriens unter ihrer Kontrolle. Dazu zählt auch die Stadt Afrin, die einst mehrheitlich von Kurden bewohnt wurde. Seit März 2018 ist die Region von türkischen Streitkräften okkupiert und ein Großteil
der ursprünglichen Bevölkerung mittlerweile geflohen. Nichtregierungsorganisationen sprechen seit Jahren von Menschenrechtsverletzungen.

Die GfbV appellierte an die Bundesregierung, die politische, diplomatische und vor allem finanzielle Unterstützung der Islamisten in Afrin und in ganz Syrien einzustellen. Das gelte besonders, weil der Bundestag den Völkermord an den Jeziden offiziell anerkannt habe. Diese Milizen seien der bewaffnete Arm der protürkischen syrischen Oppositionsgruppe „Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“. Diese Gruppe werde vom Auswärtigen Amt unterstützt.

© KNA

Beitragsbild: Kaufdex via Pixabay.com
[/av_textblock]

Stand: 13. November 2026